

Amerika muss sich öffnen

ENTWICKLUNGSHILFE Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus ist von den Ergebnissen des G-8-Gipfels enttäuscht. Geld allein hilft nicht gegen Armut

Rheinischer Merkur: Sind Ihre Erwartungen an den G-8-Gipfel in Heiligendamm in Erfüllung gegangen?
Muhammad Yunus: Meine Erwartungen an den Gipfel waren, dass die Staatshäupter der Industrienationen sich zusammensetzen und überlegen, wie sie eine Welt ohne Krieg und Armut schaffen können. Doch genau diese beiden Themen waren nicht die wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung. Seit dem von US-Präsident Bush ausgerufenen „Krieg gegen Terrorismus“ ist die Aufmerksamkeit für Armutsbekämpfung verfliegen. Die Begeisterung für die Millenniumsziele, wonach bis 2015 die weltweite Armut halbiert werden soll, ist verfliegen. Darüber bin ich enttäuscht.

RM: In Heiligendamm wurde beschlossen, die Hilfe für den Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose auf 60 Milliarden Dollar aufzustocken. Hilft das nicht bei der Erfüllung der Millenniumsziele?
Yunus: Die 60 Milliarden Dollar sind nur eine abstrakte Zahl. Es kommt darauf an, wie, wann und an wen bezahlt wird. Ich hoffe, dass die richtigen Institutionen das Geld bekommen und nicht irgendwelche korrupten Regierungen! Ohne ein funktionierendes Gesundheitssystem lassen sich nämlich weder Aids noch andere Krankheiten besiegen. Es geht nicht um Geld, sondern um medizinische Behandlung. Die Erfahrungen aus Bangladesch zeigen, dass es auch bei schlechter Regierungsführung möglich ist, Verbesserungen zu erzielen, wenn die Gesellschaft sich organisiert.

RM: Fortschritte: Bangladesch ist mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von rund 400 US-Dollar eines der ärmsten Länder der Welt...
Yunus: Wir sind auf dem richtigen Weg. In den Neunzigerjahren ging die Armut jedes Jahr um einen Prozentpunkt zurück, seit 2000 schaffen wir jedes Jahr zwei Prozentpunkte. Wenn wir diese jährliche Reduktion beibehalten, könnten wir bis zum Jahr 2015 die Armutsrate auf etwa 22 Prozent senken. Um die Jahrtausendwende lebten noch 45 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

RM: Worauf gründet sich dieser Erfolg? Politisch steckt das Land in einer tiefen Krise. Die für Januar vorgesehenen Parlamentswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben...
Yunus: Bangladesch ist leider wirklich eines der korruptesten Länder der Welt. Doch wir haben mittlerweile starke zivilgesellschaftliche Organisationen und unsere Wirtschaft wächst seit zehn Jahren kontinuierlich um über fünf Prozent. Nach Schätzungen der Weltbank könnten wir bis 2016 zu einem Schwellenland mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 800 Dollar aufsteigen. Allerdings brauchen wir dazu freien Zugang zu den Märkten der Industrieländer.

RM: Die EU hat ihren Markt für Textilien aus Bangladesch geöffnet...
Yunus: Richtig, die USA aber noch nicht. Wir bitten nicht um einen Gefallen, sondern wir wollen genauso wie afrikanische Länder behandelt werden, die bereits freien Zugang zum US-Markt genießen. Unsere Textilindustrie ist wettbewerbsfähig. Wenn wir zollfrei in die USA exportieren könnten, würde sich das Handelsvolumen verdoppeln und bei uns würden Tausende von zu-



Befragt: Beim Kirchentag in Köln diskutierte Muhammad Yunus über die Globalisierung.

FOTO: LIESA JOHANNSEN/PHOTOTHEK.NET

sätzlichen Arbeitsplätzen geschaffen. 2006 hat Bangladesch Waren im Wert von 3,3 Milliarden Dollar in die USA ausgeführt und dafür eine halbe Milliarde Zoll bezahlt. Zum Vergleich: Großbritannien hat genauso viel Zoll bezahlt, aber Waren für 54 Milliarden Dollar in die USA exportiert!
RM: Die Welthandelsrunde, die 2001 in Doha ausgerufen wurde und Vorteile für Entwicklungsländer bringen sollte, stockt. Wie wichtig ist ein erfolgreicher Abschluss für Bangladesch?
Yunus: Für uns ist es auf jeden Fall besser, Zugang zu neuen Märkten zu bekommen, als mehr Entwicklungshilfe. Außerdem haben wir große Probleme mit unseren Nachbarn Pakistan und Indien, die ihre Märkte ebenfalls noch durch hohe Zölle gegen uns abschotten. Doch wir sind mittlerweile Mitglied in der South Asian Free Trade Area (Safa) und versuchen, diese Hindernisse abzubauen. Ein Abschluss der Doha-Runde wäre allerdings am einfachsten, weil dadurch der Zugang zu allen Märkten weltweit geregelt würde.

ZUR PERSON

Friedensnobelpreisträger **Muhammad Yunus** wurde 1940 in Bangladeshs Hafenstadt Chittagong geboren. Er wuchs in einer wohlhabenden Familie auf und studierte Volkswirtschaft in seiner Heimat sowie in den USA. Nach einer Begegnung mit Korbflechterinnen im Jahr 1976 in dem kleinen Dorf Jobra, die sich 27 Dollar von ihm leihen wollten, wurde ihm die Bedeutung von Kleinkrediten klar. 1983 gründete er die **Grameen-Bank**, die mittlerweile sieben Millionen Kreditnehmer, davon 97 Prozent Frauen, hat. Seit Gründung hat die Bank 6,13 Milliarden Dollar an Kleinkrediten vergeben und verfügt über 2399 Filialen. Mit dem RM sprach Yunus während einer Veranstaltung der Pax-Bank beim Kirchentag in Köln. **apo**

RM: Warum haben asiatische Länder mehr von der Globalisierung profitiert als afrikanische Staaten?
Yunus: Die Ausgangsbedingungen waren besser. Viele Inder und Chinesen haben im Ausland studiert, zum Beispiel in den USA oder Großbritannien. Sie sind gut ausgebildet und viele sind mit einem Startkapital in ihre Heimat zurückgekehrt. Da haben sie dann gemerkt, dass es billiger ist, die Waren in ihrer Heimat herstellen zu lassen und dann zu exportieren. In China kommen noch die Investitionen aus Taiwan hinzu. Afrikaner hingegen hatten diesen Startvorteil nicht.
RM: 1999 wurde beim G-8-Gipfel in Köln der Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer beschlossen. Warum waren Sie stets dagegen?
Yunus: Ich würde die Schulden nicht streichen, sondern die Art der Rückzahlungen ändern. Die Forderungen könnten in lokaler Währung in einen Fonds einbezahlt werden, das heißt, das verschuldete Land überweist das Geld nicht an die Gläubiger, sondern an sich selbst. Dieser Fonds müsste von einem internationalen Komitee gemanagt werden, das sicherstellt, dass das Geld tatsächlich für Bildung und Gesundheit ausgegeben wird und nicht für Prestigeprojekte oder Rüstung. Wenn die Gläubigerregierung die Armutsbekämpfung vorantreiben will, kann sie dann für jeden eingezahlten Euro noch einen Betrag obendrauf legen.
RM: Weltbank und Weltwährungsfonds haben den Schuldenerlass abgewickelt. Eignen sich diese Institutionen überhaupt für die Armutsbekämpfung?
Yunus: IWF und Weltbank müssen neu strukturiert werden und Kleinkredite vergeben. Zurzeit gehen weniger als ein Prozent vom Portfolio der Weltbank in diesen Bereich. Für eine effiziente Armutsbekämpfung müsste sich die Weltbank in eine Bank der Armen

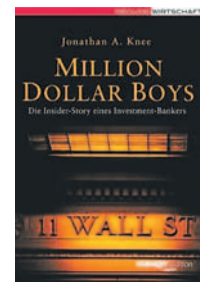
verwandeln, die Kredite an Bettler vergibt. Der neue Präsident wird diesen Kurswechsel allerdings nicht einleiten. Robert Zoellick kommt von der Wall Street, und die Wall Street ist nicht die Weltbank. Ich bin über seine Nominierung sehr enttäuscht.
RM: Im Gegensatz zur Weltbank haben viele Geschäftsbanken und Versicherungen, darunter auch der Allianz-Konzern, das Geschäft mit Kleinkrediten in Entwicklungsländern entdeckt. Was halten Sie davon?
Yunus: Das finde ich super. Es gibt sowohl Stiftungen als auch Großkonzerne, die investieren. Ich befürworte den kommerziellen Ansatz. Aber Vorsicht: Geht es nur um die Gewinnmaximierung? Diesen Bereich haben Geldverleiher schon immer abgedeckt und damit noch niemandem geholfen. Die Grenze zu Wucherern ist fließend. Die Rückzahlung muss in kleinen Raten möglich und die Zinsrate angemessen flexibel sein. Bei der Grameen-Bank etwa darf die Summe der Zinsen die Kreditsumme nicht übersteigen.
RM: Können Kleinkredite auch in Deutschland Armut und Arbeitslosigkeit verringern?
Yunus: In jedem Land schließen die Banken potenzielle Kunden von ihren Dienstleistungen aus. Leute, die nicht von den konventionellen Finanzinstitutionen berücksichtigt werden, brauchen eine andere Möglichkeit, um Kredite aufzunehmen. Kreditwürdigkeit ist ein Menschenrecht. Auf diesem Gebiet hat die Grameen-Bank Erfahrungen gesammelt. Das könnte auch hier in Deutschland funktionieren; es kommt darauf an, wie es aufgezogen wird. In den USA etwa sind Kleinkredite schon verbreitet, dort gibt es mehr als 700 verschiedene Programme; auch in Frankreich und in Großbritannien. Warum also nicht auch in Deutschland?

Die Fragen stellte Astrid Prange.

BUCHFÜHRUNG

Reiche Jungs

Was genau macht eigentlich ein Investment-Banker? Dieser Frage geht Jonathan A. Kneec erst im dritten Kapitel seines Buches „Million Dollar Boys“ auf den Grund, und so mancher Leser wünscht sich die Definition bereits im Vorwort. Dieser geschichtliche Abriss nämlich ist für Nicht-Branchenkennner nur schwer nachzuvollziehen. Daher an dieser Stelle Knees Erklärung: „Fragt man die Leute, was ein Investment-Banker tut, so denken die meisten von ihnen an einen Finanzexperten, der Unternehmensmanager berät.“ Kneec, der bei Goldman Sachs und Morgan Stanley reichlich Erfahrung gesammelt hat, weiß es besser: Der Investment-Banker beschafft auch Geld und steht bei Transaktionen und Fusionen zur Seite. Für viele – inklusive des Autors selbst – klingt das nicht beson-



ders spannend. Doch wenn der Amerikaner dann berichtet, wie er als Praktikant einen Transaktionsvorschlag für einen Geflügelproduzenten erstellen musste, will der Leser unbedingt wissen, wie die Karriere weitergeht. Mit ironischem Unterton erzählt Kneec von Machtspielen, Sitten und Unsitten der Branche und vergisst nicht, zahlreiche Anekdoten und Personen aus seinem Umfeld zu benennen. In den USA sorgte das für Furore, hierzulande werden sich nur Wall-Street-Experten erinnern. Doch auch für alle anderen bietet das Buch einen spannenden Einblick in eine geheimnisumwitterte Welt. **pd**
Jonathan A. Kneec: Million Dollar Boys. Die Insider-Story eines Investment-Bankers. Redline Wirtschaft, Heidelberg 2007. 320 Seiten, 29,90 Euro.

Wertvolle Straße

Jeder hat schon von ihr gehört und kennt das grüne Schild, das ihren Namen trägt: die Wall Street. Aber woher hat die Straße ihren Namen? Und wie wurde sie schließlich zum Inbegriff von Kapitalismus, Macht und Geld? Der Amerikaner Charles R. Geisst hat die Geschichte der weltberühmten Straße erforscht und in einem fast 500 Seiten dicken Buch zusammengefasst. Die ursprüngliche Fassung stammt aus dem Jahr 1997, doch der Börsen-Crash nach 1998 hat den Autor motiviert, sein Werk um 50 Seiten zu erweitern. Die Entwicklung der Finanzmeile ist geprägt von einem ständigen Auf und Ab. Im 17. Jahrhundert noch war die Wall Street eine Durchgangsstraße an einer Mauer, die als Verteidigungsbarrikade gegen feindliche Indianerstämme diente. Erst später entwickelte sie sich zur Drehschei-



be der amerikanischen Ökonomie, auf die die ganze Welt blickt. Geists Bestandsaufnahme ist mit vielen Details ausgeschmückt und arbeitet vor allem den seit je bestehenden Konflikt zwischen der Finanzwelt und der Regierung in Washington heraus. Für historische begeisterte Finanzexperten ein spannendes Werk, für den einfachen Leser stellenweise etwas zu langatmig und faktenreich. Mehr Fotos wünschen sich beide, um nachvollziehen zu können, dass die Wall Street sich nicht nur innerlich, sondern auch nach außen hin im Laufe der Zeit verändert hat. **pd**
Charles R. Geisst: Die Geschichte der Wall Street. Von den Anfängen der Finanzmeile bis zum Untergang Enrons. FinanzBuch Verlag, München 2007. 493 Seiten, 29,90 Euro.

RM-CARTOON



BRÜSSELER SPITZEN

Ankara lockt die EU mit schwarzem Gold

Vom Sabine Seeger

Rumänien und Bulgarien, die jüngsten Bewohner im europäischen Haus, stießen bei ihrem Beitritt vor einigen Monaten auf reichlich Skepsis. Beide Länder waren in ihrer Entwicklung zurückgeblieben, hatten die Reformen, die ihnen die EU aberlangt hatte, nicht ganz gepackt, die Beitrittsbedingungen nicht vollständig erfüllt. Nach wie vor griff die Rechtsprechung nicht, wie sie sollte, Bestechung und Korruption grassierten. Und an Bulgariens Gesellschaft nagte die organisierte Kriminalität. Die EU-Kommission wurde beauftragt, weiter ein Auge auf die EU-Neulinge zu werfen, zu beobachten, ob die Reformen weitergehen, und gegebenenfalls die Notbremse zu ziehen. Im April schickte Erweiterungskommissar Olli Rehn erneut seine Ex-

perten aus. Sie kontrollierten die Bücher, machten Stichproben und fügten derzeit zu einem Fortschrittsbericht zusammen, was sie an Erkenntnissen gewonnen haben. Ende des Monats soll er vorliegen. Für Bukarest und Sofia geht es um viel, denn bei Mängeln kann die Brüsseler Behörde Fördergelder blockieren, Warenexporte verbieten oder Gerichtsurteile aufheben. Immerhin kommen die Armenhäuser wirtschaftlich voran. Ihre Ökonomien erzielen Wachstumsraten von sechs bis acht Prozent.

Vom Eintritt ins EU-Gebäude kann die Türkei derweil nur träumen. Zwar verhandelt die Union seit Ende 2005 mit Ankara. Aber die Gespräche gestalten sich zäh, der Zypernstreit wirkt als Bremsklotz. Acht von 35 Verhandlungskapiteln sind auf Eis gelegt. Ein

Ableich zwischen EU- und türkischen Standards findet nur im Bereich Wissenschaft und Forschung wie in der Industriepolitik statt. Im Lauf dieses Monats sollen Wirtschaft und Währung hinzukommen, ebenso die Statistik. Das heißt nichts weniger, als das ganze statistische System der Türken in Einklang zu bringen mit den Methoden der Zahlenkünstler vom europäischen Statistikamt Eurostat. Bei den Ökonomen geht es um die Umsetzung des Maastricht-Vertrags, der weit mehr enthält als Grenzwerte für Neuverschuldung und Staatsdefizit. Das Kompendium schreibt zum Beispiel die Unabhängigkeit der Zentralbank vor. Damit wird etwa eine Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch das Drucken neuen Zentralbankgeldes ausgeschlossen. Weil der Annäherungsprozess im Rahmen der

Beitrittsverhandlungen kaum vorankommt, macht Ankara jetzt an anderer Stelle Dampf. Wirtschaftsminister Ali Babacan will die Bande übers Öl enger knüpfen. Er wünscht rasche Gespräche über Energiefragen. Ein geschickter Zug, denn die Türkei dürfte bald zum wichtigsten Energiekorridor zwischen Zentralasien und der Europäischen Union werden.
Das weiß auch Energiekommissar Andris Piebalgs. Der Lette unternimmt derzeit alles, damit in Europa die Lichter nicht ausgehen. Ein Mittel dazu ist Energiesparen. Deshalb lobte er die jüngste Initiative der europäischen Lampenindustrie, stromfressende Glühbirnen bis 2015 auslaufen zu lassen. Er begrüße das Ziel, für gute Beleuchtung zu sorgen, ohne Energie zu verschwenden.



WORTSCHATZ

Galileo

Das europäische Satellitennavigationssystem Galileo bleibt ein Sorgenkind der EU. Es hinkt bereits fünf Jahre hinter dem Anfangszeitplan hinterher. Und nachdem das Industriekonsortium, das Galileo ursprünglich bauen wollte, den Rückzug angetreten hat, ist sich mittlerweile auch die Politik nicht mehr sicher, ob sie dem Steuerzahler das Milliardenrisiko zumuten soll. Am Wochenende verschoben die EU-Verkehrsmminister ihre Entscheidung über die Rettung des Projekts vorerst auf den Herbst.
 Mit Galileo wollte sich Europa als neue Weltraummacht etablieren. Der Plan: 30 Satelliten umkreisen auf drei verschiedenen Umlaufbahnen die Erde und senden dabei Signale an die beiden Kontrollstationen in Oberpfaffenhofen und Fucino (Italien). Diese beliefern

unzählige Empfangsgeräte in Schiffen, Autos und Flugzeugen mit metergenauen Informationen über Standort und Umgebung. Auch militärisch lässt sich Galileo nutzen. Zehntausende Jobs versprach das System – vor allem, weil der Markt für Navigationsgeräte boomt.
 Allein der Galileo-Aufbau würde rund vier Milliarden Euro verschlingen. Die EU rechnet mit Gesamtkosten für Aufbau und Vertrieb bis zum Jahr 2030 von bis zu zwölf Milliarden Euro. Auch deshalb zogen sich die privaten Betreiber aus dem Projekt zurück. Denn das US-Konkurrenzsysteem GPS soll aufgerüstet werden und Zusatzdienste gratis anbieten. Und auch Chinesen und Russen wollen ein eigenes System entwickeln. Die Refinanzierung von Galileo steht damit in den Sternen. **deg**



FOTO: ESA